



Flüchtlingsrat

Schleswig-Holstein e.V.



Rede zur Demonstration „Seebrücke statt Seehofer“

am 20.07.2018 in Kiel

Philipp Kranemann, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Allein in dieser Woche haben die Nichtregierungsorganisationen WatchtheMed und OpenArms zwei schockierende Fälle aus dem Mittelmeer berichtet. Zum einen wurde 40 Afrikanerinnen und Afrikanern die Einreise nach Malta und Italien verweigert. Stattdessen wurden sie nach Tunesien gebracht, wo sich auch zunächst die tunesischen Behörden ihrer nicht annehmen wollten. Zum anderen wurden vom Rettungsschiff OpenArms die Leiche einer Frau und die ihres vierjährigen Sohnes geborgen. Das Boot, in dem sich die beiden befanden, war ursprünglich voll mit 158 Leuten. Die sogenannte libysche Küstenwache, die aus mafiösen und bewaffneten Milizen besteht, stieß auf das Boot und brachte fast alle Personen in libysche Internierungslager. Zwei Frauen, darunter die Verstorbene, und das Kind gingen nicht an Bord des libyschen Schiffes. Die sogenannte Küstenwache zerstörte daraufhin das Schlauchboot und ließ die drei Personen zurück. Wenige Stunden vor Eintreffen der OpenArms starben eine Frau und das Kind.

Das Mittelmeer ist bei Weitem nicht das erste und einzige Hindernis auf der Flucht. Wer sich aus dem südlichen und westlichen Afrika auf den Weg macht, muss die Sahara genauso überleben wie Vergewaltigungslager und Sklavenhändler in Libyen. Die Zusammenarbeit der EU mit Sahelstaaten ist auf Abwehr der Fliehenden schon auf dem Landweg angelegt. Der UNHCR schätzt die Zahl der infolge dessen in der Wüste Verreckten auf ein Vielfaches der im Meer Ertrunkenen. Die Verantwortung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten beginnt also nicht erst an ihren Seegrenzen im Mittelmeer.

Aber das Mittelmeer ist ein Massengrab. Das UN-Flüchtlingswerk meldet 17.000 dort in den vergangenen vier Jahren Ertrunkenen. Allein für 2018 werden mehr als 1.400 Menschen als tot oder vermisst gezählt. Gleichzeitig aber wurden in den vergangenen Jahren die Möglichkeiten der Seenotrettung immer weiter eingeschränkt. Und wer es über die See schafft, ist noch lange nicht sicher.

Diese Zustände machen sich in der europäischen Peripherie besonders bemerkbar. Am Strand der italienischen Insel Lampedusa werden regelmäßig Leichen angeschwemmt. Unter einer anderen italienischen Regierung gab es noch das Programm „Mare Nostrum“ der italienischen Marine, das auch auf Rettung von Schiffbrüchigen angelegt war. Immer mehr Menschen kamen in Italien an. Noch vor

Jahren wandte sich daher die italienische Regierung an die deutsche Bundesregierung, um eine europäische Verteilung von Flüchtlingen zu erreichen. Die deutsche Regierung, die heute umso lauter eine „europäische Lösung“ fordert, hat dieses Ansinnen stets abgelehnt.

Inzwischen weht ein anderer Wind aus Italien. Mit der Lega Nord regiert dort eine Partei mit, die sich durch eine durch und durch rassistische Politik auszeichnet. So will Innenminister Matteo Salvini Mitglieder der Roma-Minderheit kennzeichnen. Rettungsschiffen will er keinen Anlegeplatz bieten und zankt sich mit anderen Staaten um die Frage, wer ein paar Hundert Menschen einen sicheren Hafen zu bieten hat.

Während in Südeuropa Salvini sein Unwesen treibt, ist in Deutschland Bundesinnenminister Seehofer aktiv. Er zeichnet sich durch Unmenschlichkeit und Unprofessionalität aus. So verzögerte er die Veröffentlichung seines Masterplans Migration, um mit ausschließlich nationalen Abschottungsvorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten. Unter anderem maßt er sich die Aufgaben von Außen- und Entwicklungsministerium an. Auch lassen sich im Themenschwerpunkt „Integration“ seines Masterplans v.a. Forderungen nach verschärften Sanktionen und Anforderungen finden. Flüchtlinge sollen, soweit sie überhaupt reingelassen werden, in sogenannten AnKER-Zentren interniert, von sozialen Kontakten und Integrationsangeboten ausgeschlossen und im Übrigen so schnell wie möglich wieder abgeschoben werden. Der inzwischen von der gesamten Großen Koalition goudierte Masterplan des Bundesinnenministers lässt befürchten, dass Geflüchteten raue Zeiten drohen.

Diese Denkart zieht allerdings auch immer größere Kreise in den bürgerlichen Medien. So durfte z.B. jüngst im Zentralorgan des deutschen Bildungsbürgertums – Die Zeit – eine Mariam Lau darüber parlieren, dass die privaten Retter*innen das Problem verschärften. Sie seien längst selbst Teil des Geschäftsmodells der Schleuser und damit für die Opfer mitverantwortlich. Gleichzeitig spottet Mariam Lau über die „Selbstüberhöhung“ der ehrenamtlichen Retter*innen der Lifeline oder der SeaWatch, die „sich unerschrocken mit den Fluchthelfern der DDR oder gar mit jenen, die im 2. Weltkrieg Juden gerettet haben“ verglichen. Die Zeit vertritt damit die Position, dass u.U. Lebensrettung nicht mehr „legitim“ sei, das Verreckenlassen von Flüchtlingen allerdings schon. In dieser Manier warnt auch der Historiker August Winkler vor der „deutschen Sondermoral“ der mediterranen Lebensretter*innen.

Das, was da so vermeintlich harmlos als „Beiträge zur Debattenkultur“ daher kommt, ist ein Teil dessen, was Feridun Zaimoglu bei seiner Eröffnungsrede zu den 42. Tagen der Deutschsprachigen Literatur als „Mauldreck“ geißelte. Und Zaimoglu weiß auch, um wen es sich da bei seinen Kolleg*innen der schreibenden Zunft handelt: „Wer die eigenen gegen die Anderen ausspielt und hetzt, ist rechts. Punkt.“

Aber auch den Ländern kommt eine Mitverantwortung an der künftigen Anti-Flüchtlingspolitik zu. So ist geregelt, dass die Länder die Abzuschiebenden dem Bund übergeben. Der abgeschobene Afghane, der jüngst in Kabul Suizid beging,

war zuvor aus Hamburg abgeschoben worden. Nach Bayern hat Hamburg im Zeitraum von Januar 2017 bis Februar 2018 am meisten Menschen nach Afghanistan abschieben lassen. In Niedersachsen wird der Flüchtlingsrat mit seinem Beratungsangebot aus dem Abschiebungsgefängnis Langenhagen verbannt. Aber auch aus Schleswig-Holstein sind in diesem Jahr drei Afghanen aus der Strafhaft heraus abgeschoben worden.

Das Problem ist also nicht allein Bundesinnenminister Seehofer. Das Problem ist nicht die CSU. Das Problem ist ein sich stetig weiter verbreitendes Denken in der politischen Klasse, demnach Menschen systematisch Hilfe verweigert und grundlegende Rechte abgesprochen werden können.

Aber nicht alles ist schlecht und wird noch schlimmer. In Schleswig-Holstein hat die Landesregierung deutlich signalisiert, dass sie dem Konzept der Anker-Zentren ablehnend gegenübersteht. Darüber hinaus erklärte Landesinnenminister Hans Joachim Grote (CDU), dass Migrantinnen und Migranten vom Flüchtlingsboot Lifeline aufgenommen werden könnten, falls der Bundesinnenminister zustimmt. Darüber hinaus ist die Landesregierung dabei, ein eigenes Landesaufnahmeprogramm von 500 Personen umzusetzen. Dem Anliegen des Bundes, im Bundesrat ein Gesetz über die Maghrebstaaten als sichere Herkunftsländer durchzusetzen, hat der grüne Koalitionspartner in Kiel schon eine Vorab-Absage erteilt.

Aber Schleswig-Holstein kann noch mehr tun. So hat das Land Brandenburg beschlossen, dass Betroffene rechter Gewalt vorübergehend ein Bleiberecht zugesprochen werden soll, falls die rechtlichen Grundlagen dies hergeben. Eine Regelung, die Schleswig-Holstein auch gut zu Gesicht stände.

Die Strategie der Abschottung Europas in den Vorfeldern seiner Außengrenzen haben mit der Abschiebung von Geflüchteten aber auch ihr Pendant im Innern. Gegenwärtig verfolgen die Landesregierungen Hamburgs, Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns die Einrichtung eines Abschiebeknastes in Glückstadt. Abschiebungshaft ist ein anachronistisches Instrument zum Freiheitsentzug gegenüber Menschen, die nichts verbrochen haben, als dass ihnen hier kein sicherer Aufenthalt zugestanden wird. Flucht ist kein Verbrechen und sollte auch nicht bestraft werden. Abschiebungshaft widerspricht den humanitären Mindeststandards einer menschenrechtswürdigen Flüchtlingsadministration.

Diese Politik wird mit systematischer Stimmungsmache gegen die Unterstützungsszene sekundiert: Diese steht inzwischen nicht nur an Deck der im Mittelmeer kreuzenden Seenotretter im Fadenkreuz. Flüchtlingsräte, Asyl gebende Kirchengemeinden, selbst im Aufenthalts- und Flüchtlingsrecht tätige Rechtsanwält*innen werden als Anti-Abschiebungsindustrie von tendenziösen Politikvertreter*innen und in ihren Medien verunglimpft. Wird jetzt die Zeit der Bundesverdienstkreuze für ehrenamtliches Bürger*innenengagement für Geflüchtete abgelöst von der Ära regelmäßiger Medienschelte gegen Flüchtlingshelfer*innen, staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen Kirchenasyl-Pastor*innen und Razzien bei Flüchtlingsinitiativen?

Schleswig-Holstein, die Bundesrepublik und die Europäische Union müssen sich entscheiden. Ein flüchtlingsfeindlicher Kurs wird keinen Beitrag zur Integration leisten. Ein flüchtlingsfeindlicher Kurs wird die Lebenssituation der hier Lebenden stetig verschlechtern. Und vor allem: ein flüchtlingsfeindlicher Kurs wird zu mehr Toten und Vermissten im Mittelmeer führen.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein begrüßt die Initiative des DGB, die Region Kiel zur Sanctuary City zu ernennen, und schließen uns an.

Wir fordern:

Sichere und legale Fluchtwege, die Entkriminalisierung der Seenotrettung, eine europäische Seenotrettung, ein Ende der Diskreditierung der solidarischen Flüchtlingshilfe und eine menschenwürdige Aufnahme und Schutz für Flüchtlinge in einem solidarischen Europa!



Sophienblatt 82-86
24114 Kiel
T. 0431-735 000
office@frsh.de
www.frsh.de